

FPÖ – „Die Soziale Heimatpartei“

Stand 05.08.2016

Inhalt

Sager zu den Blauen.....	3
Themen der FPÖ	4
Europäische Union.....	5
Euro.....	8
Migration und Asyl	9
Integration und Islam	10
Außenpolitik allgemein	10
Türkei.....	10
Südtirol	11
Russland	11
Verfassung und Demokratie	13
Medienpolitik und ORF	13
Bildung.....	13
Angriffe gegen ÖVP mit Untergriffen	14
Widersprüche der FPÖ	16
Kanzleranspruch.....	16
Verbotsgesetz.....	16
Ausländer: Arbeitsplätze vs. Sozialbetrüger	17
Bankensteuer vs. Gruppenbesteuerung für Banken	18
Vermögenssteuern.....	18
Ausländerwahlkampf	18
Offene Flanken der FPÖ.....	20
Arbeitslosigkeit.....	20
Wirtschaftskompetenz	20

Sozialistische Wirtschaftspolitik	21
Fehlende Abgrenzung zum rechten Rand	22
FPÖ-Entgleisungen	23
Dünne Personaldecke	29
FPÖ und der Klimawandel	30
Krim-Referendum: Das verstehen die Blauen unter Demokratie	32
Absurde FPÖ-Außenpolitik: Kontakte zu Diktatoren	33
Von wegen Gerechtigkeit: Meschar Privatstiftung (2012)	34
Sexismus und Co.	36
FPÖ und Rechtschreibung	36
FPÖ im Visier der Justiz	45
Korruption bei den Gegnern	48
Das System Kärnten	48
FPÖ in der Telekom-Affäre	50
Absurde Zitate	51
Unfinanzierbare u. populistische Versprechungen	52
Pensionsanpassung, Inflationsanpassung bei Familienbeihilfe, Kindergeld und Pflegegeld	52
Euro-Austritt	53

Sager zu den Blauen

- Zwei Dinge haben die Blauen über die Jahre perfektioniert: Schreien und Hetzen
- Die Blauen sind konzeptlose Sprücheklopfer: Große Worte, nichts dahinter.
- Die FPÖ ist die Pleitebankenpartei der Republik
- Die Menschen mit Halbwahrheiten zu verunsichern bringt unser Land nicht weiter
- Die Blauen orientieren sich am Populismus anstatt an der Wahrheit
- Laut schreien können die Blauen – Lösungen sucht man bei ihnen vergebens.

Themen der FPÖ

Zentrale Themen:

- **Zuwanderung – „Minuszuwanderung“ – gegen „Massenzuwanderung“**
 - Wird als Grundproblem in unterschiedlichen Themenbereichen dargestellt
 - als **Problem im Bildungsbereich** (Schulklassen kaum mehr österreichische Kinder, Bildungssystem leidet darunter – Strache in der ORF-Pressestunde 2. Juni 2013)
 - als **Problem im Gesundheitsbereich** (Krankheiten, die in Österreich bereits ausgestorben sind, kommen wieder – Stichwort Tuberkulose)

- **Asyl – „Asylbetrug“**
 - Missbrauch/Asylbetrug bekämpfen (von 14.000 Antragstellern sind fast 80 Prozent „Asylmissbraucher“ und Betrüger sind – Strache in der ORF-Pressestunde 2. Juni 2013)
 - Gegen „Scheinasylanten“, die „Asylindustrie“ und die „Asylmafia“

- **Gegen „radikalen Islamismus“**
 - Gegen radikalen Islamismus und islamistische Extremisten
 - Österreichische Kultur und Identität muss erhalten bleiben
 - Für christliche Werte/Ja zum Kreuz in der Klasse

- **Gerechtigkeit**
 - *„Wenn ich Kanzler von Österreich werde, dann werden wir es gerecht machen, indem wir dann genau diese Ungerechtigkeiten von Rot und Schwarz, die seit acht Jahren der Fall sind, endlich abstellen.“ – HC Strache (Parteitagsrede 2013)*
 - *„Seit acht Jahren gibt es keinen Inflationsausgleich bei der Familienbeihilfe und beim Kindergeld...“*
 - *„...acht Jahre lang hat man den Ärmsten der Armen nämlich beim Pflegegeld keine Inflationsanpassung möglich gemacht...“*
 - *„Acht Jahre lang hat man unsere Pensionisten beraubt und bestohlen, die acht Jahre lang keine Pensionspreisindexanpassung erhalten haben“ – HC Strache (Parteitagsrede)*

- **Gegen EU und Euro**
 - Gegen Haftungen, Raus aus der Schulden-Union (ESM), Griechenland aus Währungsunion schmeißen
 - Zurück zu den nationalen Währungen, kleinere Währungsräume oder zurück zum Schilling

- Für ein föderales Europa der Vaterländer
- Gegen Zentralismus, gegen Fremdbestimmung – Ultima Ratio: EU-Austritt, neutraler Block mit der Schweiz statt zentralistisches Europa
- Halbierung der Nettobeiträge

Sonstige Themen:

- **Mehr Demokratie**
 - Direkte Demokratie nach Vorbild der Schweiz stärken
 - Wenn 100.000 Menschen eine Volksabstimmung einfordern, dann soll verpflichtend eine solche abgehalten werden und das Ergebnis verbindlich sein
- **ORF („Österreichischer Rotfunk“)**
 - Abschaffung ORF-Zwangsgebühr
- **Bildung**
 - Lehrer sollen im Sommer nicht 9 Wochen Ferien machen, sondern Nachhilfe anbieten
 - Quoten: österr. Kinder dürfen in der Klasse nicht in der Unterzahl sein
- **Beitritt Südtirols zur Republik Österreich**

Europäische Union

EU-Austritt:

Daneben steht auch immer wieder der Ruf nach einem Austritt aus der EU. Dass dieser Schritt wirtschaftspolitischem Selbstmord gleichkäme, zeigt auch eine aktuelle Studie der *London School of Economics*, die sich mit den Folgen eines möglichen EU-Austritts Großbritanniens – David Cameron hat hier ja eine Volksabstimmung angekündigt – beschäftigt:

- Die Verluste für die britische Wirtschaft wären demnach ein Vielfaches des jährlichen Mitgliedsbeitrags an die EU von derzeit 10,3 Milliarden Euro.
 - Allein die Verluste in der Exportwirtschaft wären erheblich!
- Optimistisches Szenario (GB bleibt an Teilen des Binnenmarkts beteiligt):
 - Verluste für die Volkswirtschaft: i.H.v. 1,1 bis 2,2 Prozent des BIP = zw. 22 und 43 Mrd. Euro.
- Voller Bruch mit der EU:

- Verluste in Höhe von 3,1 bis 9,5 Prozent des BIPs oder im Extremfall 184 Mrd. Euro im Jahr
- Die Studie geht davon aus, dass ein EU-Austritt darüber hinaus weitere negative Effekte hätte (Rückzug ausl. Investoren, etc.)

(diepresse.com, 19.05.2014)

Heinz-Christian Strache zu EU-Austritt:

- "Ja, selbstverständlich, bin ich dafür, die Österreicher über einen EU-Austritt zu befragen" – Heinz-Christian Strache (Kurier.at, 19.5.2014)
- "Wenn die EU sich zu einem zentralistischen Superstaat entwickelt, würde als letzte Konsequenz für Österreich nur der EU-Austritt über bleiben. Da wäre mir dann ein Bündnis mit der Schweiz lieber." – Heinz-Christian Strache (OE24, 23.1.2013)

Harald Vilimsky will aus Schengen austreten:

- „Ich möchte, dass sich das Volk dazu erklärt, ob es offene Grenzen mit einem hohen Prozentsatz an Kriminalität und Asylmissbrauch will oder lieber 15 Minuten Warten an der Grenze und mehr Sicherheit.“ – Harald Vilimsky (Kosmo.at, 8.5. 2014)
- Da auch das Schengen-System mit den offenen Grenzen laut Vilimsky zu Missbrauch und Sozialtourismus führt und Asylwerber anlockt, verlangt er eine Volksabstimmung über den Verbleib in der Schengen-Zone. – Harald Vilimsky (kurier.at, 19.5. 2014)
- Vilimsky sprach von einem „System einer neuen Form intelligenter Grenzen“ – Harald Vilimsky (TT, 16.5. 2014)

„Ehrenwerte“ Gesellschaft: Die FPÖ in Europa!

Die „Freunde“ der FPÖ in der EU sind Rechtsaußen-Parteien: Vlaams Belang in Belgien, Front National in Frankreich, Lega Nord in Italien. Laut FPÖ ist eine Fraktionsbildung mit den extremen Rechtsparteien bereits sicher:

- "Die Fraktionsbildung ist auf Schiene, eine eigene Fraktion ist sicher" – Heinz-Christian Strache (kurier.at, 19.5. 2014)
- "Ich bin dafür, dass Marine Le Pen die Fraktionsvorsitzende wird." – Heinz-Christian Strache (kurier.at, 19.5. 2014)

Auch diese Parteien wollen die EU und den Euro zerstören:

Marine Le Pen für den Zusammenbruch der EU:

- „Ja, ganz richtig. Ich wünsche den Zusammenbruch der Europäischen Union, um das Europa der Nationen zu ermöglichen.“ – Marine Le Pen, Vorsitzende des Front National (kurier.at, 08.06.2012)
- „Wir müssen aus der EU und aus dem Euro raus.“ – Marine Le Pen (heute, 31.03.2014)
- „Aus der EU hinausgehen. Voilà. So wie Norwegen sein. Aus der EU hinausgehen.“ – Marine Le Pen (kurier.at, 19.5. 2014)

Partei für die Freiheit PVV (Gert Wilders) für den Euro-Austritt:

- „Aus der EU, aus dem Euro“
- „Wir führen den Gulden wieder ein und behalten den Zugang zum Binnenmarkt durch bilaterale Handelsverträge mit der EU.“ (faz.net, 11.5. 2014)

Matteo Salvini (Lega Nord):

- „Es gibt mehrere Wege für einen Euro-Austritt: Die einzelnen Länder können ihre Souveränität im Währungsbereich zurückerobern. Man könnte einen Euro der zwei Geschwindigkeiten einführen. Wir sind aber auch für verschiedene Währungen in homogenen Regionen.“ (Wirtschaftsblatt, 17.2. 2014)

Weitere Zitate der FPÖ:

- „Das darf kein Tabu sein – dann nämlich, wenn die Türkei der EU beitreten sollte oder die undemokratische Entwicklung im Geiste des EU-Reform- und Verfassungsvertrages weitergeht.“ – Heinz-Christian Strache (derstandard.at, 17.01.2008)
- „Wir wollten den Euro nicht. Er ist zur Realität geworden, aber er hat uns keine Vorteile gebracht.“ – Heinz-Christian Strache (oe24.at, 03.05.2009)
- „Wenn ich mir die Schweiz ansehe - dann: Ja! Es wäre viel besser gewesen, im Herzen Europas mit der Schweiz einen neutralen Block zu bilden, wir hätten eine enge Kooperation mit der Schweiz machen - und unsere Neutralität und Eigenständigkeit bewahren sollen.“ – Heinz-Christian Strache sieht EU-Beitritt als Fehler (oe24.at, 03.05.2009)

- „Es wäre vernünftiger gewesen, nicht Mitglied der EU zu werden und so wie die Schweiz unsere alte Währung zu behalten – da würden wir heute viel besser dastehen.“ – Heinz-Christian Strache (oe24.at, 30.04.2010)
- „Ja, wir müssen raus aus dem Euro, bevor er uns in den Abgrund stürzt. Wir brauchen eine neue Währung gemeinsam mit anderen starken Währungsländer.“ – Heinz-Christian Strache (oe24.at, 22.05.2011)
- „Es soll keine Denkverbote geben. Der Schilling kann dabei eine Variante sein. Mit dem Schilling war das Geld noch was wert. Ich meine, man sollte einen anderen Weg als den jetzigen beschreiten.“ – Heinz-Christian Strache (kleinezeitung.at, 28.05.2011)
- „Wir sagen, der Euro ist gescheitert. Wir müssen über die Rückkehr zu nationalen Währungen diskutieren, ob das jetzt Schilling heißt oder Nord-Euro, ist sekundär.“ – Heinz-Christian Strache (kurier.at, 01.05.2013)
- „Wenn diese zentralistischen bürokratischen Herrschaftstendenzen weiter zunehmen, dann werden wir den Ausstieg aus der EU und dem Euro verlangen. Ich will ein reformiertes Europa, der Nationalstaaten mit unterschiedlichen nationalen Währungen.“ – Heinz-Christian Strache (kurier.at, 01.05.2013)

Euro

Euro-Austritt:

Die FPÖ fordert immer wieder den Austritt aus dem Euro und die Rückkehr zum Schilling. Wirtschaftspolitisch wäre das ein Wahnsinn. Denn ein Euroaustritt hätte gravierende negative Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft: Rezession und massenhafte Arbeitslosigkeit wären die Folge.

- Mit ihren Euroaustrittsfantasien steuert die FPÖ unsere Heimat auf direktem Weg in den Abgrund.
- Das WIFO hat 2012 Berechnungen angestellt, was ein Euro-Ende für Österreich bedeuten würde:
 - die heimische Wirtschaft würde drastisch schrumpfen (2013 um knapp 11 Milliarden und 2014 um 32 Milliarden Euro)
 - Die Exporte würden einbrechen
 - ⊕ Für Italien (einer der wichtigsten Handelspartner Österreichs) mit seiner dann abgewerteten Lira wären Produkte aus Österreich fast unerschwinglich.
 - Unterm Strich bedeute diese Entwicklung "fünf verlorene Jahre".

- die tiefe Rezession würde auch einen massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit mit sich bringen
- Es gebe um bis zu 140.000 Arbeitslose mehr.
- Das wiederum würde das Budget stark belasten
(diepresse.com, 29. August 2012)

Heinz-Christian Strache zu Euro-Austritt:

- „Durch die Zuspitzung der Krise wird die Rückkehr zum Schilling immer denkmöglicher.“ – Heinz-Christian Strache (OE24, 18.8. 2012)
- "Es wäre sinnvoll, ein Referendum über einen Euro-Austritt zu machen." (OE24, 23.1. 2013)
- "Ein Euro-Austritt ist ein Weg, über den wir nachdenken müssen, und es ist notwendig, die Bevölkerung abstimmen zu lassen" (heute.at, 27.8. 2012)

Migration und Asyl

„Höhlenmenschen“-Sager

- Gepostet hat Höbart, er vertritt die FPÖ auch im Nationalrat, seine Aussagen unter Fotos einer Demonstration von Asylwerbern in Traiskirchen. Als ein Facebook-User nach dem Grund für die Versammlung in der Nacht heute fragte, schrieb der FPÖ-Abgeordnete: „Kann keinen Grund geben für diese Gesellen! Denen geht es im Vergleich zum Herkunftsland bei uns BESTENS! Skandalöser weise wissen es diese ganzen ‚Erd- und Höhlenmenschen‘ nicht zu schätzen, dass sie hier bestes Essen, neue Kleidung und sonstigen Firlefanz bekommen! Eine Frechheit sondergleichen!!!“ (orf.at, 07.11.2014)

Verfolgung kein Asylgrund

- Im "Kurier"-Interview berichtete er, dass der tschetschenische Präsident Ramsan Kadyrow ihm 2012 bei einem Besuch persönlich berichtet habe: "Ja, ich verfolge schon Menschen, aber nicht 40.000. Vielleicht einige Tausend." Gudenus zieht daraus aber nicht den Schluss, dass Flüchtlinge aus diesem Land zu Recht Asyl bekommen, sondern meint: "Also hat ein Großteil der Tschetschenen in Österreich keinen Asylgrund." (derstandard.at, 20.09.2014)

Integration und Islam

Islamisierung

- Denn mit der Sicherheit Österreichs würde es "leider nicht zum Besten" stehen, betonte er in der von den Freiheitlichen initiierten "Aktuellen Stunde" zum Thema "Sicherheit statt Islamisierung und Asylchaos". Weiters ortete er ein "permanentes Kaputtsparen beim Bundesheer, sondern auch bei der Exekutive". Dies sei "umso schlimmer, wenn die Kriminalität ständig wächst und der radikale Islamismus frecher denn je sein Haupt erhebt". (derstandard.at, 22.10.2014)
- FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache sympathisiert offenbar mit dem deutschen Anti-Islam-Bündnis Pegida ("Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes"). Im Zuge der Demonstration in Dresden am Montagabend postete Strache auf seiner Facebook-Seite: "Zur Zeit spazieren über 19.000 Menschen friedlich und demokratisch gegen eine drohende Islamisierung Europas durch Dresden! Gratulation!" (siehe Screenshot). Am Mittwochmorgen war das Posting von Straches Facebook-Seite verschwunden. (derstandard.at, 16.12.2014)

Außenpolitik allgemein

Türkei

PK zum Thema EU-Beitritt Türkei. 05.08.2016 – Eckpunkte:

- FPÖ steht für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein
- Verstörend, wenn man die Kritik an den Entwicklungen in der Türkei als rechtsextrem verunglimpft
- Mit der Türkei ist nur eine Partnerschaft realpolitisch umsetzbar, aber ein Beitritt wird niemals möglich sein, weil das das Ende einer europäischen Union, und die Entstehung einer euroasiatischen Union bedeuten würde
- Türkei müsst sich den westlichen Werten anpassen, die Politik Erdogans geht aber in die gegengesetzte Richtung
- Türkei ist wirtschaftlich von der EU abhängig, Finanzhilfe der EU an die Türkei ist eine Verschwendung, deswegen Forderung nach Zahlungsstopp
- Junker sollte endlich den Weg frei machen für neue Kräfte, die an der Entwicklung Europas ehrlich und anders arbeiten
- Es ist notwendig die Bürger und Völker Europas ernst zu nehmen, die EU wäre gut beraten auf die Menschen zuzugehen
- Brüssel lässt sich von der Türkei auf der Nase herumtanzen, das muss stoppen, es muss gehandelt werden, man sollte alle Beitrittsverhandlungen abbrechen
- Erdogan Anhänger im Inland, die sich nicht integrieren wollen hätten hier nicht verloren

- Absurd wird die Linie der Grünen betrachtet, deren Forderung Türken Asyl zu gewähren würde ins Chaos führen, innertürkische Konflikte würden nach Österreich gebraucht werden; bestes Beispiel dafür sind die Angriffe auf das kurdische Lokal auf der Mariahilferstraße, die von Erdogan-Anhängern durchgeführt wurden
- Obwohl Pilz jetzt auch die türkischen Vereine in Wien kritisiert, wirkt seine Linie nicht glaubwürdig, weil er nur die jahrelang gepredigte Argumentationslinie der FPÖ übernommen hat
- FPÖ ist erfreut über Kerns Position, allerdings versucht dieser nur das zu kopieren, was die FPÖ seit Jahren propagiert
- In der Außenpolitik ist es höchste Zeit sich auf europäische Werte zu besinnen, Multikulturträumerei und das Migrationschaos zu beenden, EU hat seine Grenzen zu schützen
- Es wäre viel sinnvoller Kriegsflüchtlingen in der jeweiligen Region zu helfen, als die Migrationsströme weiterhin zu befördern
- Die Terrorgefahr ist nicht vorbei, es ist empörend, dass im Fall der zuletzt stattgefundenen Terroranschläge so salopp mit psychischen Krankheiten umgegangen wird, jede Tat wird auf psychische Erkrankungen heruntergebrochen, dabei handelt es sich hierbei offenkundig um religiös-fundamentalistische Motive
- Radikale Islamisten haben in eigenen Gefängnissen untergebracht zu werden
- Der islamische Radikalismus ist der Faschismus unserer Zeit
- Vorwurf an SPÖ/ÖVP: haben jahrelang nur Hetze gegen die FPÖ betrieben und sind nicht auf die Forderungen der FPÖ eingegangen

Südtirol

Russland

EU-Beitritt Russlands vorstellbar

- FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache ist offen für einen etwaigen EU-Beitritt Russlands. "Ja, in einem reformierten Europa", antwortete Strache in einem Interview mit der "Wiener Zeitung" (Donnerstagsausgabe) auf die Frage, ob Russland ein Kandidat auf die EU-Mitgliedschaft sei. "Immer in der Geschichte, wenn Russland näher bei Europa war, hatte das positive Folgen", argumentierte Strache. – Heinz-Christian Strache (diepresse.com, 19.09.2013)

FPÖ- „Wahlbeobachter“ auf der Krim

- „Wir vertreten nicht die EU, sondern die Parteienfamilie der patriotischen, rechten Parteien“, betonte Mölzer. „Wir sind einige der wenigen, die versuchen,

Russland zu verstehen.“ - Andreas Mölzer (spiegel.de, 12.03.2014)

- Im März reiste Gudenus zusammen mit Ewald Stadler und Johannes Hübner (FPÖ) als „unabhängiger Wahlbeobachter“ auf die Krim. Er war der Einladung des „Eurasian Observatory for Democracy and Elections“ (EODE)“, einer russlandnahen, rechten Organisation mit Sitz in Belgien, gefolgt. Gudenus sollte das Referendum über den Status der Krim beobachten. Eine Abspaltung war zuvor durch die internationale Staatengemeinschaft als Völkerrechtsbruch eingestuft worden. Gudenus und seine Wahlbeobachter-Kollegen befanden das Referendum für legitim; es sei ohne Druck durchgeführt worden. Gläserne Urnen, keine Umschläge für die Stimmzettel und fehlende Wahlkabinen, in denen die Wähler anonym hätten abstimmen können, störten Gudenus nicht. – Johann Gudenus / Johannes Hübner (wienerzeitung.at, 15.09.2014)
- Die freiheitlichen Politiker Johann Gudenus und Johannes Hübner waren am Sonntag als von der Krim-Regierung akkreditierte Wahlbeobachter zum Referendum auf die Krim gereist. Der Besuch sei von der Organisation Eurasian Observatory for Democracy and Elections (EODE) bezahlt worden, sagte Gudenus am Dienstag. Diese wird vom belgischen Rechtsextremisten Luc Michel geleitet. Westliche Staaten kritisierten den Urnengang hingegen als völkerrechtswidrig und entsandten keine offiziellen Beobachtermissionen. Strache betonte, das Referendum sei „ordentlich und friedlich“ abgelaufen und sein Ergebnis zu akzeptieren. – Heinz-Christian Strache (news.at, 18.03.2014)

Kritik an EU, NATO und „Homosexuellenlobby“

- Die Politik der Europäischen Union sei die Politik von NATO und Amerika, sagte Gudenus. „Ich schäme mich dafür. Das österreichische Volk, das Volk der Europäischen Union denken nicht so. Wir sind Freunde Russlands“, zitiert Interfax. Ungemach drohe in Europa, so erklärte Gudenus zum Veranstaltungsthema, aber auch von einer „Homosexuellenlobby“. Diese sei äußerst mächtig und verfüge über eigene Zeitungen und Fernsehsender. „Die europäische Homosexuellenlobby will eine absolute Gleichberechtigung von Homosexuellen und Lesben, darunter auch das Recht aus Adoption von Kindern, das es bereits in einigen EU-Staaten gibt. Es ist schwer vorstellbar, wohin das alles führen wird“, klagte der Wiener Politiker in der Moskauer Erlöserkathedrale. – Johann Gudenus (derstandard.at, 12.09.2014)

Kritik an Russland-Sanktionen der EU

- In Österreich traten FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache und der außen- und europapolitische Parteisprecher Johannes Hübner gegen die Sanktionen auf. 25 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer wollten die EU und damit auch Österreich

einen neuen ‚Kalten Krieg‘ eröffnen, hieß es. Russlands Präsident Wladimir Putin habe bereits im Mai einen Waffenstillstand gefordert. Hübner in einer Aussendung: „Dieser ist endlich – von kleinen Scharmützeln abgesehen – eingetreten, was irrsinniger Weise prompt mit neuen Sanktionen beantwortet wird.“ – Johannes Hübner / Heinz-Christian Strache (wienerzeitung.at, 11.09.2014)

Österreich habe den jüngsten EU-Sanktionen gegen Russland offensichtlich zugestimmt, sagte Strache. „Die Regierung setzt tausende Arbeitsplätze aufs Spiel und gießt zusätzlich Öl ins Feuer“, so der FPÖ-Chef, der von Kriegstreiberei sprach. Angesichts der negativen wirtschaftlichen Folgen seien die EU-Sanktionen ein „Schuss ins eigene Knie“. – Heinz-Christian Strache (10.09.2014)

Verfassung und Demokratie

Medienpolitik und ORF

- „FPÖ will Wrabetz stützen“ (oe24.at, 10.06.2016)
- „Entscheidet FPÖ-Stimme ORF-Wahl?“ (oe24.at, 24.07.2016)
 - „Dann entscheidet just die Stimme von FPÖ-Stiftungsrat Norbert Steger – und damit würde der neue ORF-Chef ein Sieger von Straches Gnaden. Wie sich die FPÖ entscheidet, ist völlig offen. Einerseits will Strache unbedingt Rache an der ÖVP wegen des gebrochenen Rechnungshof-Pakts nehmen, dann wäre Wrabetz Sieger. Andererseits ist die Verlockung für die FPÖ groß, SPÖ-Kanzler Kern mit einer ORF-Niederlage so zu schwächen, dass er – im Falle eines Hofer-Siegs in der Hofburg – in Neuwahlen flüchten muss. Viel spricht also dafür, dass die FPÖ letztendlich für Grasl votiert – und Wrabetz stürzt.“

Bildung

Angriffe gegen ÖVP mit Untergriffen

zur ÖVP allgemein

- „Wer ist denn heute der verantwortliche Miethai im Sozialen Wohnbau? Das ist vorwiegend die SPÖ aber auch die ÖVP...“ – HC Strache (ORF-Pressesendung, 2. Juni 2013)
- „Ich will keine rot-schwarze Lebensverlängerung.“ – HC Strache (ORF-Pressesendung, 2. Juni 2013)
- „Wenn ich links sage ... dann dürfen sich auch die ÖVPler gleich mitangesprochen fühlen ... so eine Partei braucht nicht von sich behaupten, irgendwelche Werte zu haben. Die ÖVP ist eine Partei der Beliebigkeit und genauso links wie heute die SPÖ oder die Grünen ...“ – HC Strache (Aschermittwochsrede, 15. Februar 2013)
- „Wenn die Schwarzen nicht nur zwei, sondern sechs Hände hätten, dann würden sie mit sechs Händen auch ordentlich zugreifen und alles einstecken was sie nur einstecken können – HC Strache (Aschermittwochsrede, 15. Februar 2013)
- „Die ÖVP ist längst keine Volkspartei mehr, sondern eine Bankenpartei.“ – HC Strache (FPÖ Landesparteitag Steiermark, 23. Mai 2011)

zu Michael Spindelegger

- „Spindelegger ist bis dato nur dadurch aufgefallen, nicht aufzufallen...“ – HC Strache (FPÖ Landesparteitag Steiermark, 23. Mai 2011)
- „...auch der Herr Spindelegger ist gescheitert“ – HC Strache (ORF-Pressesendung, 2. Juni 2013)
- „...der Spindelegger, der hat sich aufgeblasen, ein Rad geschlagen, wie ein großer Pfau“ – HC Strache (ORF-Pressesendung, 2. Juni 2013)
- „... das ist jener Herr Spindelegger, der Außenminister Österreichs ist, sprich der Vertreter von Österreich im Ausland – wo ihn aber keiner kennt, da kommt er dann immer, ein Mann ohne Eigenschaften sozusagen...“ – HC Strache (ORF-Pressesendung, 2. Juni 2013)
- „Sichtbar gemacht habe Spindelegger auch, dass er – wenig verwunderlich – ein braver Befehlsempfänger von Raiffeisen sei.“ – HC Strache (OTS0055 23. Juni 2013)

- *„Dieses Duo inferior – Faymann und Spindelegger – fordere ich heraus. Dieses Duo inferior – Faymann und Spindelegger – will ich mit euch gemeinsam in Pension schicken.“ – HC Strache (Parteitagsrede 2013)*

zu Nikolaus Berlakovich

- *„Summ summ summ, der Lebensminister bringt mich um“ – HC Strache in seiner Rede im Parlament am (derstandard.at, 14. Mai 2013)*

zu Sebastian Kurz

- *FPÖ-Jugendsprecher Christian Höbart bezeichnet Sebastian Kurz als „Staatsbürgerschaftverschleuderungsstaatssekretär“ und „Möchtegern-Sonnyboy“ (OTS0089, 25. Juli 2013)*
- *„Das Thema Asylbetrug, das ist ein ernstes Thema, und das ist so ernst, dass es kein Betätigungsfeld für den Weichspüler dieser Bundesregierung, den Herrn Kurz, sein kann.“ – HC Strache (Aschermittwochsrede, 15. Februar 2013)*

zu Erwin Pröll und ÖVP-Niederösterreich

- *„Deshalb habe ich auch gesprochen beim Neujahrstreffen davon, dass wir dem Pröll am 3. März einmal ordentlich seine Glatze polieren müssen ...“ – HC Strache (Aschermittwochsrede, 15. Februar 2013)*

Zu Fritz Neugebauer

- *„Betongewerkschafter“ – HC Strache (Parteitagsrede 2013)*

Widersprüche der FPÖ

Kanzleranspruch

- **Auf die Frage ob er nur als Erster in eine Koalition gehen würde, sagte Heinz Christian Strache wenige Tage vor Weihnachten:**
 - *„Ich sage klar und deutlich: Es wird nur aus der Position des Stärkeren heraus gehen.“ (oe24, 23. 12. 2012)*
- **Auf die Frage, ob er Werner Faymann oder Michael Spindelegger zum Kanzler machen würde:**
 - *„Sicher nicht. Sie sollten die beiden eher fragen, ob sie einen HC Strache zum Kanzler machen.“ (oe24, 23. 12. 2012)*
- **Kurz nach Weihnachten war dann wieder alles anders. Auf die Frage, ob er auch als Vizekanzler in eine Regierung gehen würde:**
 - *„Grundsätzlich wäre es dumm, so etwas auszuschließen“. (diepresse.com, 28. 12. 2013)*
- **Wenig später geht es wieder nur aus einer Position der Stärke heraus:**
 - *„Ich schließe überhaupt keine Zusammenarbeit mit irgendjemandem aus. Ich werde mit jedem reden aus der Position der Stärke - aber ich stelle den Kanzleranspruch.“ (Der Standard, 17. Juni 2013)*

Verbotsgesetz

- 2007 regte Strache in den Vorarlberger Nachrichten unter Verweis auf die Meinungsfreiheit eine Diskussion über die Aufhebung des Verbotsgesetzes an.
- 2010 ist auf der Homepage der FPÖ zu lesen, dass der FPÖ-Bundesparteiohmann „das Verbotsgesetz als wichtiges politisch-rechtliches Symbol für die klare Distanzierung und messerscharfe Trennlinie zu den Verbrechen und der verbrecherischen Ideologie des Nationalsozialismus“ bezeichnete.
 - Also was nun? Verbotsgesetz Ja/Nein/Weiß nicht? Wo ist die messerscharfe Trennlinie?
- Und wie sieht es mit der von der FPÖ vielfach zitierten Meinungsfreiheit aus?
 - Strache will, dass Erdogan-Anhänger in die Türkei zurückkehren

Belege:

Interview

Wie stehen Sie zum Verbotsgesetz?

„Die Meinungsfreiheit ist ein entscheidendes Gut. Gerade wir als freiheitliche Partei erleben heute, dass diese Freiheit in vielen Bereichen insofern in Gefahr ist, als Menschen, die ihre Meinung äußern, mit Diffamierungen und Kampagnen kriminalisiert und in eine Ecke

gedrängt werden, in die sie nicht gehören. Das ist etwas, was uns sehr nachdenklich macht. Eine demokratische Gesellschaft muss auch verrückte und dumme Meinungen aushalten. Man sollte daher darüber nachdenken, ob dieses Verbotsgesetz seinem Anspruch überhaupt noch gerecht wird.“ – HC Strache (vorarlberg online, 24. Februar 2007)

Das Verbotsgesetz soll abgeschafft werden?

„Ich bin für eine offene Diskussion darüber, ob dieses Gesetz überhaupt noch zweckdienlich ist. Auch Experten und Universitätsprofessoren bezweifeln dies.“ – HC Strache (vorarlberg online, 24. Februar 2007)

Meinungsfreiheit?

- *„Die Erdogan-Fans, welche heute in Österreich für Erdogan demonstriert haben, sollten rasch in die Türkei heim und zurück kehren und sich vor Ort in der Türkei einbringen“* – HC Strache (news.at, 24. Juni 2013)

Ausländer: Arbeitsplätze vs. Sozialbetrüger

- Einerseits warnt die FPÖ vor dem Zuzug ins Sozialsystem:
 - *„Die drohende Einwanderung von Wirtschaftsflüchtlings in unseren Sozialstaat ... muss von der österreichischen Bundesregierung endlich ernstgenommen werden“* – HC Strache (OTS0162, 8. März 2013)
- Auf der anderen Seite warnt die FPÖ davor, dass Ausländer den Österreichern die Arbeitsplätze wegnehmen:
 - *„Statt in die Ausbildung unserer Jugend zu investieren, hole man lieber ausländische Billigarbeitskräfte ins Land, die den Arbeitsmarkt noch weiter belasten und das Lohnniveau noch weiter absenken.“* (OTS0043, 22. Mai 2013)
- **Panikmache der FPÖ wegen Arbeitsmarktöffnung**

Schon bei der Arbeitsmarktöffnung am 1. Mai 2011 hat die FPÖ Panik verbreitet:

- *„Da warten über eine Million Menschen; die verzweifelt sind, die arbeitslos sind“*, HC Strache (OTS0187 28. Apr. 2011)
- *„Der offene Osten geht auf unsere Kosten“* HC Strache (ÖÖN, 01. Mai 2011)
- *„Ein Vertragsverletzungsverfahren der Union kommt uns immer noch billiger als 100 bis 200.000 Arbeitslose mehr in Österreich.“* – HC Strache (10. Juni 2010)
- Nach zwei Jahren sieht man klar und deutlich: Der große Ansturm ist ausgeblieben. Wieder einmal wurde die FPÖ-Propaganda von den Tatsachen widerlegt:
 - *Wie erwartet ist der Ansturm ausgeblieben: 55.000/60.000 Arbeitskräfte sind nach zwei Jahren gekommen – Prognosen gingen von ca. 25.000 pro Jahr aus*
 - *Kein signifikanter Anstieg der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsmarktöffnung*

- Mit 1. Jänner 2014 wird der Arbeitsmarkt auch für Rumänen und Bulgaren geöffnet. Wieder verbreitet die FPÖ Panik:
 - *„Jetzt ab 2014 Rumänen und Bulgaren als billige Arbeitskräfte mit einem Lohndumping nach Österreich drängen können – Dank SPÖ und ÖVP mit Grüner Unterstützung – und hier der österreichische Arbeitsmarkt weiter angeheizt wird und mit Lohndumping Arbeitnehmer in die Arbeitslosigkeit getrieben werden“* – HC Strache (Parteitagsrede 2013)
- Wieder wird sich zeigen, dass die FPÖ nur die Menschen nur verunsichert und nichts dahinter steckt.
 - *Der Sozialminister geht von 10.000 bis 18.000 Rumänen und Bulgaren jährlich aus*
 - *Wir haben 2011 ein Lohndumping-Bekämpfungsgesetz beschlossen – es wird also kein Lohndumping geben*

Bankensteuer vs. Gruppenbesteuerung für Banken

- *Strache lehnt die Bankensteuer mit dem Argument ab, dass diese auf die Kunden übergewälzt würde. Auf der anderen Seite tritt er für die Aufhebung der Gruppenbesteuerung für Banken ein.* (ORF-Pressestunde, 2. Juni 2013)
- Das ist unlogisch, Herr Strache. Wieso sollen die Banken die eine Steuer an die Kunden weitergeben und die andere nicht?

Vermögenssteuern

- Auch bei Vermögenssteuern weiß Strache nicht wo er hin will: Einmal tritt er dafür ein, dass Reichensteuern eingehoben werden:
 - *„FP-Chef Heinz-Christian Strache hält hingegen, wie er in der ORF-Pressestunde erklärte, eine Diskussion über eine „Reichensteuer“ für „sehr vernünftig“ und ein „Gebot der Stunde.“* (Presse, 14. November 2005)
- Dann ist doch wieder alles anders und Strache tritt gegen die Vermögenssteuer auf:
 - *„Vermögensbezogene Steuern, wie heute von Bundeskanzler Faymann am SPÖ-Parteitag gefordert, sind absolut ungerecht und asozial ... Vermögenssteuern sind ein Diebstahl an den arbeitenden Menschen ...“* (OTS0040, 13. Oktober 2012)
- Wer soll sich bei diesem Steuerwittwarr auskennen? Wofür steht die FPÖ?

Ausländerwahlkampf

- HC Strache behauptet, noch nie einen Ausländerwahlkampf betrieben zu haben. Wie lassen sich folgende Parolen mit dieser Aussage vereinen?
 - *„Abendland in Christenhand“*
 - *„Daham statt Islam“*
 - *„Heimatliebe statt Marokkanerdiebe“* (Innsbruck Wahlkampf)

Comics/Karikaturen:

- „Sagen aus Wien“



- Antisemitische Karikatur (von Strache auf Facebook geteilt):



Offene Flanken der FPÖ

Arbeitslosigkeit

- Strache macht den Menschen Angst und spricht die Unwahrheit: „Wir haben heute Rekordarbeitslosigkeit“ – HC Strache (ORF-Pressesendung, 2. Juni 2013)
- „Wir haben heute Rekordarbeitslosigkeit – über 350.000 Österreicher ohne Arbeit“ – HC Strache (Parteitagsrede 2013)

→ Das ist nachweislich falsch:

- Österreich hat aktuell mit 4,6% (Eurostat Juni 2013) die niedrigste Arbeitslosenquote in der EU!
- Aktuelle Registerarbeitslosenquote: 6,7%
- Auch ist die österreichische Arbeitslosenquote auf dem Niveau von vor etwa 10 Jahren – und das obwohl wir die Nachwehen der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit den 30-er Jahren zu verdauen haben.

Nationale Definition:

- 2012: 7,0%
- 2003: 7,0%

- Seit der Krise sind 120.000 neue Jobs entstanden
- Auch die Erwerbsquote ist gestiegen (von 72,1% auf 72,5%)
- Von Rekordarbeitslosigkeit kann keine Rede sein!

Wirtschaftskompetenz

„Mehr Brutto vom Netto“-Sager

Während sich die einen am Ende des Monats mehr Geld im Portemonnaie wünschen, fordert die FPÖ „Mehr Brutto vom Netto!“. Unter dieser Prämisse steht das freiheitliche Steuerentlastungskonzept, das FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache mit Steuerexperten präsentierte. (wirtschaftsblatt.at, 07.10.2014)

Hypo Alpe Adria

- Österreich hat das blaue Hypo-Debakel aus der freiheitlichen Vergangenheit Kärntens geerbt.
- Für die verantwortungslose „Alles ist möglich-Mentalität“ der damaligen Kärntner politischen Führung wurde dem Steuerzahler die Rechnung präsentiert.

Raus aus dem Euro

- Die FPÖ forderte immer wieder den Austritt aus dem Euro.
 - „Durch die Zuspitzung der Krise wird die Rückkehr zum Schilling immer denkmöglicher.“ – Heinz-Christian Strache (OE24, 18.08.2012)
- Ein Euroaustritt hätte gravierende negative Auswirkungen auf die Österreichische Wirtschaft: Rezession und massenhafte Arbeitslosigkeit wären die Folge.
- Das Wifo hat 2012 Berechnungen angestellt, was ein Aus für den Euro für Österreich bedeuten würde:
 - die heimische Wirtschaft würde schrumpfen
 - die Exporte würden einbrechen
 - die Arbeitslosigkeit würde massiv ansteigen
 - unterm Strich bedeutet diese Entwicklung: „Fünf verlorene Jahre“. (diepresse.com, 29.08.2012)

EU-Austritt kein Tabu

- Wer raus aus der EU will, spielt mit der Zukunft unseres Landes.
- Unsere Wettbewerbsfähigkeit, unsere wirtschaftliche Stärke, unzählige Arbeitsplätze und die soziale Sicherheit in Österreich wären bei einem Austritt gefährdet.
 - „Für die FPÖ ist ein Austritt aus einer Europäischen Union, die sich zu einem Zentralstaat entwickelt und die Grundsätze der Subsidiarität und der Demokratie mit Füßen tritt, kein Tabu, sondern die Ultima Ratio im Sinne des Schutzes der Republik Österreich und ihrer autochthonen Bevölkerung.“ (FPÖ-Leitantrag, 07.12.2013)

Kommentare zu FPÖ-Wirtschaftskompetenz

- „FPÖ will weniger Steuern, höheren Mindestlohn, höhere Pensionen und Inländer am Arbeitsmarkt bevorzugen. Das alles kostet Milliarden, die Gegenfinanzierung bleibt vage.“ (trend.at, 24/2015)
- „FPÖ fehlt Wirtschaftskompetenz.“ – Norbert Steger (wienerzeitung.at, 19.06.2011)

Sozialistische Wirtschaftspolitik

FPÖ als „bessere SPÖ“

- „Ex-Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreiber-Chef Helmut Haigermoser sieht die Freiheitlichen daher nicht mehr als Wirtschaftskompetenzzentrum: „Die derzeitige FPÖ ist eine pseudonationale Sozi-Partei.“ – Helmut Haigermoser (profil.at, 25.05.2013)
- „Der Strache-FPÖ fehlt jegliche Wirtschaftskompetenz, mit Wirtschaftspolitik weiß sie mangels Personen und Programmatik wenig bis gar nichts anzufangen“, sagt Helmut Haigermoser. Die FPÖ habe sich der Leistungsfeindlichkeit verschrieben – „weil sie die bessere SPÖ sein will“. (trend.at, 24/2015)

Steuerreform auf Pump

- FPÖ würde für die Umsetzung ihres Steuerreformkonzepts neue Schulden in Kauf nehmen.
 - „Wir müssen es am Beginn natürlich auf Pump machen.“ – Heinz Christian-Strache (kurier.at, 02.10.2014)

Mindestlohn von 1.600 Euro

- „Wir werden den SPÖ-Gewerkschaftern aber schon bei der nächsten Nationalratsitzung die Gelegenheit geben, den Wahrheitsbeweis anzutreten, wie es generell um ihr soziales Gewissen bestellt ist und daher auch unseren Antrag betreffend einen Mindestlohn von 1.600 Euro (...) wieder einbringen“ – Herbert Kickl (fpoe.at, 05.08.2015)

Solidarabgabe für Millionäre

- Rund um die Nationalratswahl 2013 forderte die FPÖ eine Solidarabgabe für Millionäre.
 - Die Strache-FPÖ schlägt eine „Solidarabgabe“ für Millionäre vor und die Streichung von „Privilegien für Stiftungen“ (diepresse.com, 03.10.2013)

Heranziehen von Banken für Bewältigung der Finanzkrise

- SPÖ und FPÖ sprachen sich dafür aus, die Banken stärker für die Bewältigung der Finanzkrise in die Pflicht zu nehmen.

Fehlende Abgrenzung zum rechten Rand

„Tippfehler“ in FPÖ-Aussendung

- Am 16. November publizierte der FPÖ-Parlamentsklub eine Presseaussendung des aus Pfarrkirchen bei Bad Hall stammenden Abgeordneten Gerhard Deimek zum Thema "Vernunft statt Sanktionen gegen Israel". Mitten im Text war die Ziffernkombination 88, die als Code für "Heil Hitler", gilt zu lesen. "Ich möchte hier ganz entschieden warnen. Die Sanktionskeule scheint zum 88 bestimmenden Werkzeug der europäischen Außenpolitik zu werden", forderte der FPÖ-Technologiesprecher eine vernunftorientierte Debatte. Am Tag darauf ließ der FPÖ-Klub verkünden, dass bei der Aussendung "ein bedauerlicher Fehler" passiert sei. Deimeks Zitat wurde ohne der Zahl 88 angeführt. (kurier.at, 16.12.2014)

„Stramme rechte Hand“ – FPÖ-Bezirkschef beurlaubt

- Die FPÖ Niederösterreich hat am Montag einen ihrer Bezirkschefs beurlaubt. Der Funktionär stehe unter dem Verdacht der Wiederbetätigung, berichteten die "Bezirksblätter". Einer Aussendung zufolge war der Zeitung ein Foto zugespielt worden, "auf dem der heute 25-jährige gemeinsam mit zwei anderen Herren die rechte Hand stramm erhebt". (diepresse.com, 17.11.2014)

Ausschluss von FPÖ-Bürgermeister nach NS-Sager

In einem Interview mit der "Kleinen Zeitung" (Online-Ausgabe) hatte Kampl über die Nationalsozialisten erklärt: "Nur von dem, was sie gemacht haben, distanzieren ich mich, nicht vom Nationalsozialismus. Das darf man nicht sagen, dass der zum Teil schlecht war." (derstandard.at, 17.04.2014)

FPÖ-Engeleisungen

NR Dagmar Belakowitsch-Jenewein für Abschiebungen in Hercules-Maschinen

- „Diese Abschiebungen sind teuer und sie wehren sich ja auch massiv dagegen, weil die NGOs stehen ja schon im Hintergrund und sagen: 'Wenn du recht laut schreist, wird das abgebrochen'. Daher, Frau Innenminister, wäre es einmal möglich auch neue Wege zu gehen und zu überlegen, ob man nicht vielleicht mit der Hercules-Maschine abschieben könnte, denn dann könnten sie da drinnen schreien, so laut sie wollen.“ (kurier.at 17.06.2015)
- Bereits 2006 forderte Heinz-Christian Strache beim Wahlkampfabschluss den Umbau von Herkules-Fliegern zu Transportfliegern:

- „Wenn es nach mir geht, würden kriminell gewordene Asylanten noch heute abgeschoben und nicht morgen“ – Heinz-Christian Strache (news.at, 29.09.2006)
- „da können sie schreien und sich anurinieren so viel sie wollen. Das stört mich nicht.“ – Heinz-Christian Strache (news.at, 29.09.2006)
- Im ORF Sommergespräch bekräftigte er, dass er den Vorschlag wieder so machen würde – nur vielleicht etwas anders formuliert.

Reaktion Herbert Kickl

- „Völlig absurd findet FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl die Aufregung um die gestrige Aussage der freiheitlichen Abgeordneten Dr. Dagmar Belakowitsch-Jenewein zum Thema Abschiebung von Scheinasylanten.“ (OTS0193, 18.06.2015)

NR Christian Höbart nennt Asylwerber „Erd- und Höhlenmenschen“

- „Kann keinen Grund geben für diese Gesellen! Denen geht es im Vergleich zum Herkunftsland bei uns BESTENS! Skandalöser weise wissen es diese ganzen 'Erd- und Höhlenmenschen' nicht zu schätzen, dass sie hier bestes Essen, neue Kleidung und sonstigen Firlefanz bekommen! Eine Frechheit sondergleichen!!!“ – Christian Höbart am 06.11.2014 via Facebook-Posting (derstandard.at, 10.11.2014)
- Bereits im Juli 2014 postete Christian Höbart via Facebook: „Irgendwelche kulturfernen und ungebildeten Höhlenmenschen und Ziegenhirten (zugespitzt formuliert, aber Ihr wisst, was und wen ich damit meine!) plündern in Wahrheit unsere sozialen Sicherheitssysteme.“ (derstandard.at, 10.11.2014)

Reaktion Heinz-Christian Strache

- „Ich habe mittlerweile ein Gespräch mit Christian Höbart geführt und ihm dargelegt, dass seine Wortwahl ausgesprochen unpassend und überspitzt war.“ – Heinz-Christian Strache (oe24.at, 10.11.2014)
- Gleichzeitig beklagte Heinz-Christian Strache jedoch die „heuchlerische Empörungsmaschinerie“. (oe24.at, 10.11.2014)

Webseite FPÖ Wien-Landstraße: „Rückführung der bisher legal aufhältigen Fremden“

- Heinz-Christian Strache ist FPÖ-Bezirksparteiobmann der FPÖ Wien-Landstraße
- Eigene Menüpunkte auf der Webseite „Überfremdung“ und „Rückführung“
- Forderung nach Aberkennung von „sämtlichen bisherigen Zuerkennungen des Asylantenstatus an Angehörige anderer Staaten“
- Laut FPÖ-Landstraße „Privatmeinung“ des Internetbeauftragten – Seite mittlerweile nicht mehr online
- Quelle: Heute, 6.6.2015



NR Susanne Winter „Einwanderungs-Tsunami“

- 2009 rechtskräftig verurteilt wegen Herabwürdigung religiöser Lehren und Verhetzung
- Grazer Gemeinderatswahlkampf 2008: Prophet Mohammed sei "Kinderschänder im heutigen Rechtsverständnis", der den Koran im Rahmen epileptischer Anfälle geschrieben habe.
- Der Islam sei ein "totalitäres Herrschaftssystem" und gehöre "dorthin zurückgeworfen, wo er hergekommen ist - hinter das Mittelmeer", so Winter.
- Außerdem sprach sie von einem "Einwanderungs-Tsunami", der über Graz hereinbrechen würde.

- FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl spricht von einem Skandalurteil und übelster Gesinnungsjustiz. Die Meinungsfreiheit in unserem Land sei dadurch extrem gefährdet, so Kickl.
- FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache distanzierte sich nicht von Winters Aussagen, sprach von einer überspitzten Formulierung: „Unglücklich und missverständlich“.
- Quelle: Presse, 18.6.2009 / 17.1.2008

Eklat der Bezirksparteiorganisation der FPÖ in Wien-Landstraße. Alle Forderungen zum Thema "Überfremdung":

- Asyl sollte nur noch jenen Menschen aus "Gebieten der Kronländer der ehemaligen Habsburgermonarchie" sowie "Staatsangehörigen der an Österreich angrenzenden Staaten" gewährt werden. (Standard, 7. Juni 2015)
- "Bisher legal aufhältige Fremde", die nicht aus den oben genannten Gebieten stammen oder Schlüsselarbeitskräfte sind, sollten rückgeführt werden. (Standard, 7. Juni 2015)
- "Bisherige Zuerkennungen des Asylantenstatus an Angehörige anderer Staaten" seien aufzuheben. Asylverfahren für Personen, die nicht aus Nachbarstaaten oder aus Ländern der Habsburgermonarchie stammen, seien "unverzüglich einzustellen". (Standard, 7. Juni 2015)
- Asylwerber sollten während des Verfahrens "in gesonderten Zentren, die sie nicht verlassen dürfen", untergebracht werden. (Standard, 7. Juni 2015)

Plakataktion FPÖ vor dem Asylquartier in Wien-Landstraße

- Skandal um Foto von Jürg Christandl, das ein Flüchtlingskind und zwei erwachsene Flüchtlinge bei der Ankunft in einem Asylquartier in Wien-Landstraße zeigt.

Reaktion Heinz-Christian

- "Gegendemonstranten hätten es "organisiert, dass ein Kind mit einem Fotografen positioniert vorbeigeführt wurde." (Kurier, 11. Juni)
- Der "Kurier" hat daraufhin eine einstweilige Verfügung gegen FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache erwirkt. Das Handelsgericht Wien untersagte Strache laut "Kurier" die weitere Behauptung, dass die Zeitung und ihr Fotograf Jürg Christandl eine Aufnahme von der Anti-Asylanten-Aktion der FPÖ gestellt bzw. inszeniert hätten.

Reaktion Kickl

- **"HC Strache hat mit keinem Wort jemals den Kurier-Fotografen beschuldigt, das Foto inszeniert zu haben oder auch nur an der Inszenierung beteiligt gewesen zu sein. Der von HC Strache geäußerte Verdacht der Inszenierung richtete sich - wie aus den diesbezüglichen Zitaten aus den ORF-Sendungen 'Im Zentrum' und 'ZiB2' klar hervorgeht - gegen jeweils nicht namentlich bezeichnete Gegendemonstranten bzw. Journalisten." (OTS, 17. August 2015)**



Quelle: Kurier, 11. Juni 2015

Strache-Posting nach Amokfahrt in Graz



- Ein Posting von FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache löste am Wochenende, nach der Amokfahrt in Graz, in den sozialen Netzwerken einen Shitstorm aus. Mit Terrorismus und Fanatismus hatte das Drama nichts zu tun.

Reaktion Heinz-Christian Strache

- *"Entgegen dem jetzt in einer regelrechten Kampagne gegen meine Person gezeichneten falschen Bild habe ich zu keinem Zeitpunkt in irgendeiner Form die Meinung vertreten oder eine Aussage in die Richtung getätigt, dass die Ursache dieses Verbrechens in der Herkunft des Attentäters zu suchen sei." (OTS, 22. Juni 2015)*
- *"Der Vorwurf, ich sei ausländerfeindlich, geht daher völlig ins Leere genauso wie die Behauptung, ich hätte aus der abscheulichen Bluttat politisches Kapital schlagen wollen. Politisches Kleingeld lukrieren zu wollen, müssen sich vielmehr jene zum Vorwurf machen lassen, die mir in offenkundigem Widerspruch zu den Tatsachen schäbige Motive unterstellen. Angesichts dieser üblen Kampagnisierung frage ich mich, welche Niederträchtigkeiten unsere Gegner im Wiener Wahlkampf noch zum Einsatz bringen wollen." (OTS, 22. Juni 2015)*

EU: Andreas Mölzer Aussage "Negerkonglomerat" und Vergleich zwischen EU und „Drittem Reich“

Reaktion Heinz-Christian Strache

- *Mit Mölzers Entschuldigungen Sache für Strache „gegessen und erledigt.“ Für Strache Darstellung glaubhaft weil Mölzer Ausdruck „Nekrophilie“ häufig verwendet. Mölzer hatte ursprünglich behauptet, von einem „nekrophilen Konglomerat“ gesprochen zu haben, Ausdruck „Negerkonglomerat“ erst nach Auftauchen eines Audiofiles eingestanden. (orf.at, 25. März 2014)*
- *Strache sprach von einem „pointierten und überspitzten“ Vergleich Mölzers zur „Regulierungswut“ der EU. Solche Vergleiche sollte man aber grundsätzlich nicht anstellen und unterlassen. (orf.at, 25. März 2014)*

Dünne Personaldecke

Ministerverschleiß unter Regierung Schüssel I+II

Regierung Schüssel I: 4. Februar 2000 bis 28. Februar 2003

- Susanne Riess-Passer, Vizekanzlerin und BM für öffentl. Leistung und Sport
- Michael Krüger (bis 2. Mär. 2000), Justizminister
- Dieter Böhndorfer, Justizminister
- Herbert Scheibner, Verteidigungsminister
- Elisabeth Slickl (bis 24. Okt. 2000), Sozialministerin
- Herbert Haupt, Sozialminister
- Michael Schmid (bis 13. Nov. 2000), Verkehrsminister

- Monika Forstinger (bis 18. Feb. 2002), Verkehrsminister
- Mathias Reichhold, Verkehrsminister
- Mares Rossmann, StS Wirtschaft und Arbeit
- Reinhart Waneck, StS Soziale Sicherheit und Generationen
- Karl-Heinz Grasser (in Schüssel II parteilos), Finanzminister

Regierung Schüssel II: 28. Februar 2003 bis 11. Jänner 2007

- Herbert Haupt, Vizekanzler (bis 21. Oktober 2003) und Sozialminister (bis 25. Jänner 2005)
- Hubert Gorbach, Vizekanzler (ab 21. Oktober 2003) und Verkehrsminister
- Dieter Böhndorfer (bis 24. Jun. 2004), Justizminister
- Karin Milkdausch bzw. Gastinger (ab 24. Jun. 2004), Justizministerin
- Ursula Haubner, StS Soziale Sicherheit und Generationen (bis 25. Jänner 2005) und Sozialministerin (ab 25. Jänner 2005)
- Karl Schweitzer, StS BKA
- Reinhart Waneck (bis 24. Juni 2004), StS Gesundheit und Frauen
- Eduard Mainoni (ab 24. Juni 2004), StS Verkehr, Innovation und Technologie

FPÖ und der Klimawandel

Heinz-Christian Strache:

- *„Dass es einen Klimawandel seit Entstehung des Planeten Erde gibt – in unterschiedlichen Entwicklungen, wissen wir – von Eiszeiten weg. Und, dass da nicht der Mensch dafür verantwortlich war, steht fest. Das heißt, dass es einen Klimawandel gibt, der durch natürliche Entwicklungen auch passiert, steht außer Streit. Und jetzt kann man über die Ursachen streiten (...).“ – Heinz-Christian Strache (ORF Sommergespräch, 17.08.2015)*
- *Gefragt, ob er an die Existenz derartiger "Chemtrails" glaube, sagte Strache: "Das ist keine Glaubensfrage. Das ist ein Bereich, wo manche diese Dinge kritisch hinterfragen." Abgesehen von den Chemtrails, deren Ausbringung laut Theorien etwa zur Beeinflussung des Wetters, zur Reduzierung des Bevölkerungswachstums oder auch für militärische Zwecke dienen sollen, höre er aber "immer wieder von anderen Dingen. Beispielsweise beim Klimawandel, bei dem Wissenschaftler zuletzt wieder zu völlig anderen Schlussfolgerungen als den heute üblichen kamen." – Heinz-Christian Strache (Heute, 27.7.2015)*

NR Susanne Winter: „Lügengebäude“

- Die FPÖ-Umweltsprecherin Susanne Winter sorgt mit einem Facebook-Eintrag für Aufsehen: Sie nennt darin Studien, die den vom Menschen verursachten Klimawandel beweisen, eine "ideologische Pseudowissenschaft".

- Die "angebliche Klimaproblematik" ist laut Winter "ein einziges mediales Lügengebäude, das zum Einsturz gebracht werden muss". Winter fungiert seit Montag als Umweltsprecherin im freiheitlichen Parlamentsklub.
- „Meine gestrige Parlamentsrede zum Thema vom Menschen verursachten Klimawandel hat für Aufregung gesorgt. Ich habe versucht mit naturwissenschaftlichen Fakten das "Lügengebäude" zum Einsturz zu bringen. Johann Rädler (ÖVP), Christiane Brunner (Grüne), Hannes Wening (SPÖ), Landwirtschaftsminister Rupprechter (ÖVP) und Co. haben Gift und Galle gespuckt..... Es hat sich wieder gezeigt: Die Wahrheit ist Verrat im Königreich der Lügen." – Susanne Winter (Facebook, 9.7.2015)
- "Wenn man sich die letzten Jahrtausende ansieht, wird man sehr rasch darauf kommen, dass der Mensch die Erwärmung nicht verursacht haben kann." – FPÖ-Pressedienst (DerStandard.at, 9.7.2015)
- Quelle: Kurier, DerStandard.at, 9.7.2015



Susanne Winter

Heute am späten Nachmittag steht wieder einmal der angeblich vom Menschen gemachte Klimawandel zur Diskussion im Parlament. Ich werde als neuer FPÖ-Umweltsprecher dieser Klima-Religion mit harten Fakten als "Ketzer" entgegertreten. Die ganze angebliche Klima-Problematik ist ein einziges mediales Lügengebäude, das zum Einsturz gebracht werden muss!!!

JA zu Umweltschutz, Tierschutz und Heimatschutz! NEIN zur ideologischen Pseudo-Wissenschaft namens vom Menschen verursachten Klimawandel!

<https://m.youtube.com/watch?v=Q747dLvHTzU>



Ein Meteorologe beschreibt die Klimaliige

Ein Meteorologe beschreibt die Klimaliige - Mehr Informationen über unsere Welt findet man auf der Seite www.info-team.biz

Dr. Gernot Anze



Susanne Winter

Meine gestrige Parlamentsrede zum Thema "vom Menschen verursachten Klimawandel" hat für Aufregung gesorgt. Ich habe versucht mit naturwissenschaftlichen Fakten das "Lügengebäude" zum Einsturz zu bringen. Johann Rädler (ÖVP), Christiane Brunner (Grüne), Hannes Wening (SPÖ), Landwirtschaftsminister Rupprechter (ÖVP) und Co. haben Gift und Galle gespuckt Alles nachzusehen und zu hören auf der ORF TV-Thek, ORFIII, Nationalratssitzung 9.....

<http://tvthek.orf.at/schedule/09.07.2015>

Es hat sich wieder gezeigt: Die Wahrheit ist Verrat im Königreich der Lügen.

NR Norbert Hofer: „Globale Probleme brauchen lokale Gegenmaßnahmen“

- "Ich teile Ban Ki-moons Einschätzung, dass der Klimawandel eine Bedrohung für die Menschheit darstellt, gehe aber nicht d'accord was die Lösungsansätze betrifft", so der freiheitliche Umweltsprecher und Dritte Präsident des Nationalrates Ing. Norbert Hofer. "Globale Probleme wie die Luftverschmutzung erfordern lokale Gegenmaßnahmen", ist sich Hofer sicher. (FPÖ-Webseite, 24.9.2014)

LR Manfred Haimbuchner: „Keine Klimahysterie“

"Oberstes Ziel der Politik muss es sein, immer den Menschen in den Mittelpunkt der Handlungen und Entscheidungen zu stellen. Es gilt, pragmatische und an Lösungen sowie Vernunft orientierte Ansätze zu wählen. Das gilt auch für die Frage des Klimaschutz, welche sich leider immer mehr zu einer Frage der Klimahysterie entwickelt." (FPÖ-Webseite, 16.6.2010)

Krim-Referendum: Das verstehen die Bienen unter Demokratie

Einhellige Meinung zur Abstimmung auf der Krim am 16. März 2014:

- Westliche Staaten verurteilten das Referendum auf der Krim als völkerrechtswidrig. (Heute.at, 18.03.2014)
- Die OSZE und anderen Organisationen hatte es abgelehnt, internationale Beobachter zur Prüfung der Rechtmäßigkeit des Wahlgangs zu entsenden. (Heute.at, 18.03.2014)
- Der Europarat bestätigt: Das Krim-Referendum ist illegal (APA, 15.03.2014)
- Keine verfassungsrechtliche Grundlage, weder in der Ukraine noch auf der Krim (APA, 15.03.2014)

- „...mehr als fraglich, dass die derzeitigen Verhältnisse auf der Krim die Abhaltung eines Referendums unter Einhaltung europäischer demokratischer Standards zulässt“ (APA, 15.03.2014)

Zustände auf der Krim:

- Für einen Verbleib der autonomen Teilrepublik in der Ukraine konnte nicht votiert werden. (tagesschau.de, 16.3. 2014)
- Durchsichtige Wahlurnen, eine Kuverts für die Stimmzettel (Bild.de, 16.3.2014)
- Bewaffnete auf den Straßen

Für die FPÖ ist das alles kein Problem:

- "Das Ergebnis des Krim-Referendums ist sowohl von der EU als auch von den Vereinigten Staaten von Amerika zu respektieren. Die mittlerweile ausgesprochenen Sanktionen sind eine Farce" (Heinz-Christian Strache)
- Einmal mehr bekräftigten er und der außenpolitische Sprecher der FPÖ, NAbg. Dr. Johannes Hübner, dass bei der Abstimmung auf der Krim alles seine Richtigkeit hatte
- "Die Stimmung war sehr gut, die Bevölkerung war erfreut, ihre Meinung kundtun zu können. Militärs sahen wir nicht, dafür viel Polizei in ukrainischer Uniform" (Johannes Hübner)

"Blaue Wahlbeobachter" im Auftrag eines belgischen Rechtsextremisten:

- Der Besuch sei von der Organisation Eurasian Observatory for Democracy and Elections (EODE) bezahlt worden, sagte Gudenus am Dienstag.
- Diese wird vom belgischen Rechtsextremisten Luc Michel geleitet. (Salzburger Nachrichten, 18.3.2014)

Absurde FPÖ-Außenpolitik: Kontakte zu Diktatoren

- Absurde Auslandsreisen haben in der FPÖ Tradition:
 - ➔ Bereits Jörg Haider fiel mit seinen Auslandsreisen zum libyschen Ex-Diktator Muammar Al Gaddafi und Iraks Herrscher Saddam Hussein in den Jahren 2000-2002 auf.
 - ➔ Den Besuch in Bagdad bezeichnet das US-Außenministerium damals als „Schlag ins Gesicht der westlichen Welt“ (spiegel.de, 12. Februar 2002)
- Auch heute wird die Tradition der absurden Außenpolitik fortgesetzt:
 - ➔ Im Sommer 2011 schickte die FPÖ den Wiener Abgeordneten David Lasar als Emissär zu Gaddafi nach Libyen (diepresse.com, 16.07.2011)
 - ➔ Wenige Monate später reiste eine blaue Delegation unter Führung des Wiener FPÖ-Chefs Johann Gudenus zu Ramsan Kadyrow nach Tschetschenien
- Das Außenministerium bezeichnete das Treffen als „absurd“ (heute.at, 08.02.2012)

Австрийские парламентарии на встрече с F



Вопросы членства в Австрии, обо-привычной на-встрече также: Абдулмаччи, Австрийские па-
 -Мы посетили с-уверенность в Т-создаются рабо-различному и-каждому. По-Продолжение Г. 1

- Auch in den Iran fährt man scheint's regelmäßig (heute.at, 16. Februar 2012):
 - Im Dezember 2009 traf der freiheitliche Nationalrats-Mandatar Peter Fichtenbauer in Teheran mit dem iranischen Parlamentspräsidenten Ali Larijani zusammen
 - Im Jahr 2006 waren gleich zwei freiheitliche Delegationen in den Iran gereist: Eine Reisegruppe der FPÖ-Parteiakademie unter Leitung von Ewald Stadler (damals F, heute B) traf im Iran auf EU-Mandatar Andreas Mölzer und vier Mitreisende.
- „Ich maße mir nicht an, jemanden vorzuverurteilen. Es gilt die Unschuldsvermutung“ - HC Strache zum Prozess um den mutmaßlichen Kriegsverbrecher Radovan Karadzic (derstandard.at, 10. August 2008)
- „Es wäre klüger, wenn sich Europa nicht nur an den USA und der NATO orientieren, sondern etwa mehr nach Russland schauen würde“ - HC Strache (derstandard.at, 10. August 2008)

Von wegen Gerechtigkeit: Meschar Privatstiftung (2012)

- Die FPÖ heftet sich wie die SPÖ Gerechtigkeit auf die Fahnen. Dabei ist sie sich nicht zu schäbig, einer alten Damen übel mitzuspielen.

Hintergrund:

- Die 90-jährige Gertrud Meschar belastet in der ORF-Sendung Report den 3. Nationalratspräsidenten Martin Graf.
- 2006 hat er ihr vorgeschlagen ihr Vermögen in einer Privatstiftung zu parken (soll ihr den Vertrag nicht zu lesen gegeben.)
- Als Vorstand ihrer Privatstiftung soll er unter anderem veranlasst haben, dass ihre Stiftung um 500.000€ jenes Haus in Döbling kauft, indem das Cafe Graf seines Bruders eingemietet ist. Das Haus selbst wurde von einem Gutachter aber nur auf 385.000 Euro geschätzt. Um den Anteil des Hauses zu kaufen, wurde sogar noch ein Kredit aufgenommen. (ORF-Report, 22.05.2012)
- Mietrückstände des Lokals, die bereits im ersten Jahr anliefen, wurden von der Stiftung gestundet. Wegen einer Renovierung gab es sogar 6.000 € Mietnachlass

Sexismus und Co.



FPÖ und Rechtschreibung

- 02.05.2015, DerStandard.at

<http://derstandard.at/2000015179723/FalscheDomaingesichertFPÖePetitionscheitertanRechtschreibung>

Grazerin schnappte sich Domain mit richtiger Schreibweise

Zurzeit erhalten alle steirischen Haushalte per Postwurfsendung eine Broschüre, in der sich die FPÖ für einen Stopp von Moscheebauten ausspricht. Unterstützt werden kann die Initiative auf einer eigens eingerichteten Website namens www.moscheenstopp.at. Wer den Link besucht, bekommt allerdings nur ein weißes Fenster mit dem kleinen Zusatz "Diese Domain wurde für ein Projekt reserviert", zu sehen.

Rechtschreibfehler bei Domainreservierung

Wie Profil Online berichtet, ist Claudia Unger, Leiterin des afroasiatischen Instituts in Graz, daran schuld. Sie sicherte sich die Domain als sie erstmals von der Initiative der FPÖ hörte. Der Partei war nämlich ein Fehler unterlaufen: So wurde zuvor die Domain moscheenstopp.at gesichert und in der Broschüre auf moscheenstopp.at verwiesen.

- 30.04.2015, [DiePresse.com](http://diepresse.com)

http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/4720730/BurgenlandWahl_FPÖquwe_reinsteiger-postet-fehlerhaft?_vl_backlink=/home/index.do

- 28.04.2015, [DerStandard.at](http://derstandard.at)

<http://derstandard.at/2000014991458/Burgenlaendischer-FPOe-Kandidat-kaempft-mit-der-Rechtschreibung>



Es ist schon wieder etwas passiert an der Rechtschreibfront der FPÖ. Diesmal im burgenländischen Landtagswahlkampf. Der blaue Spitzenkandidat im Bezirk Oberpullendorf, Karl Hiess, postete am 25. April auf Facebook unter seinem Pseudonym "Carl Fe" einen Beitrag, der beinahe mehr Fehler als Wörter beinhaltet.

Die FPÖ-Oberpullendorf teilte auf Facebook übrigens den Eintrag ihres Lokalpolitikers. Ihr Kommentar: "Ein wahres Wort unseres Spitzenkandidaten Karl Hiess".

- 25.02.2015, [Kleine Zeitung](http://www.kleinezeitung.at)

<http://www.kleinezeitung.at/s/steiermark/4671038/FPOHausordnug-ruft-zu-Sprache-lernern-auf>



Tja, wie soll man das nennen? Am besten trifft es wohl ein Wort: Peinlich. In einer Parteizeitung der FPÖ Murtal gibt Nationalratsabgeordneter und Bezirksparteichef Wolfgang Zanger eine kleine Lehrstunde in Sachen Integration. Überschrift in dem Blatt, das im Raum Aichfeld an 20.000 Haushalte gegangen ist: „Unsere Hausordnung“. Während hier ein Buchstabe fehlt, findet sich bald darauf einer zu viel. Und das ausgerechnet bei der ersten Integrationsregel, die da heißt: „Sprache lernern.“

- 26.02.2015, DerStandard.at

<http://derstandard.at/2000012188481/Mit-der-FPOe-Kaernten-anbacken>



Hochsaison für Plakate mit kreativer Schreibung ist derzeit in der FPÖ. Wenn am 1. März in Kärnten Gemeinderatswahlen stattfinden, will Manfred Mischelin, Spitzenkandidat der FPÖ St. Stefan/Gail, "zuhören - verstehen - anbacken".

Im Gespräch mit derStandard.at bestätigt Mischelin die Echtheit des Inserats. Der b/p-Fehler bei "anbacken" sei ihm nicht aufgefallen ("Schreibt man das nicht so?"), das Inserat sei nur in Regionalmedien erschienen.

- 04.09.2012, Heute

<http://www.heute.at/news/politik/art23660.691082>



"Unser Herz schlägt für Innsbruck", stand in großen Lettern auf dem Plakat, vor dem HC Strache stand und das Bürgermeister August Penz verbal unterstützte. An sich ein typisches Wording für ein "blaues Plakat". Doch der Hund liegt im Detail begraben. Darunter steht in etwas kleinerer Schrift: "Andere für Spekulanten & Pleitestaaten". Spekulanten? Da ist wohl ein "N" verloren gegangen.

- 07.08.2008, DerStandard.at

<http://derstandard.at/1216918745520/Erste-Plakatwelle-Asylbetrug-und-Rechtschreibfehler>



Auf den anderen Plakaten heißt es, wenn auch zunächst rechtschreibmäßig nicht korrekt: "Asylbetrug heisst [sic!] Heimatflug", "Soziale Sicherheit für unsere Leut" und "Einkommen zum Auskommen". Der Rechtschreibfehler wurde prompt korrigiert: Aus "heisst" wurde "heißt", wurden Journalistinnen einige Stunden nach der Pressekonferenz aufmerksam gemacht.

24.05.2012, Heute

<http://www.heute.at/news/politik/art23660.716338>



Doch schon zum wiederholten Mal hat man in der zuständigen Pressestelle vergessen, die knackigen Zeilen korrekturlesen zu lassen. So schlich sich nämlich ein hinterlistiger Fallfehler in den vom Steuerzahler finanzierten Postern ein. Die beiden Gemeinderäte fordern eine "...Einführung der Grenzkontrollen um dem (II) Kriminaltourismus zu stoppen". Korrekt wäre natürlich, DEN Kriminaltourismus zu stoppen. Stoppen will man

ja, um die in der Volksschule gelernten Grammatikregeln ins Gedächtnis zu rufen, "wen oder was". Und das verlangt den 4. Fall.

• 09.02.2015, Vienna.at

<http://www.vienna.at/nach-gemeinderatswahlen-in-noe-fpoe-kandidat-tritt-nach-hass-postings-zurueck/4230066>

Ein bei den niederösterreichischen Gemeinderatswahlen für die FPÖ im Bezirk Mödling angetretener Kandidat hat seine Parteimitgliedschaft am Montag "mit sofortiger Wirkung" zurückgelegt, bestätigte FPÖ-Landespartei sekretär Abg. Christian Hafenecker nach Bekanntwerden von Hass-Postings auf Facebook.

Laut der Tageszeitung hatte der 41-jährige im Internet mit Parolen wie "Bastarde" oder "scheiß Primaten" zu Gewalt gegen Politikollegen aufgerufen. Zudem habe er Vizekanzler Reinhold Mitterlehner (ÖVP) mit einem Baseballschläger "die Leviten lesen" und das "korrupte pack in unseren parlamenten exekutieren bevor noch grösseres unbell über uns hereinfriecht" wollen. Weiters meinte er, "es wäre zeit für ne gen bombe die alles islamische aus dieser welt eliminiert" (Rechtschreibfehler jeweils im Original, Anm.).

• 08.01.2015, Heute





Just jene Partei, die vehement Deutschkurse für Migranten fordert, hätte offenbar selbst einen Intensivkurs notwendig: René Auer will seine Kraft für den Gemeinderat von "Phyra" aufbringen, die FP "Loosdorf" macht die Wahl zur Herzensangelegenheit.

"Vier Mann arbeiten derzeit auf Hochtouren und produzieren Tausende Plakate. Da passieren Fehler", so FP-Parteisekretär Christian Hafenecker sportlich. Und: In Pyhra (St. Pölten) wurde reagiert, die Plakate werden jetzt ersetzt. In Loosdorf (Melk) handelte es sich laut Hafenecker nur um Setkarten (Anm.: größere Visitenkarte), die fehlerhaften Stücke wurden sofort eingezogen.

- 14.10.2014, Wiener Zeitung

http://www.wienerzeitung.at/meinungen/glossen/672034_Auslaenderfeindliche-Postings-in-fehlerhaftem-Deutsch.html

Ausländerfeindliche Postings in fehlerhaftem Deutsch

Selten hat eine Diskussion ein so großes Echo gefunden. Ein gewisser Jürgen Dobermann, vermutlich ein selbstentlarvender Nickname, schrieb der

Menschenrechtssprecherin der Grünen, Alev Korun: "Ich habe gerade einen Beitrag von ihnen auf Facebook gesehen, in welchen sie die FPÖ herabwürdigt verhöhnern und wollte sie auf diesen Weg einmal daran erinnern dass gerade sie als Person mit Immigrations Hintergrund sich solche Kommentare ersparen sollten. Zeugt nicht von sehr großer Intelligenz."

Alev Korun, mit türkischem Migrationshintergrund, entgegnete Jürgen Dobermann so: "Völlig unabhängig vom Inhalt müsste der Satz in korrektem Deutsch lauten: ‚Ich habe gerade einen Beitrag von Ihnen (mit großem I) auf Facebook gesehen, in welchem (mit m statt mit n) Sie (mit großem S) die FPÖ verhöhnern (herabwürdigt verhöhnern ist kein korrektes Deutsch) und wollte Sie (mit großem S) auf diesem Weg (mit m statt mit n) einmal daran erinnern, (Beistrich fehlt) dass gerade Sie (mit großem S) als Person mit Immigrationshintergrund (entweder zusammengesrieben oder mit Bindestrich zwischen zwei Hauptwörtern)...‘ Gerade als Anhänger der FPÖ ohne Immigrationshintergrund sollte man korrektes Deutsch schreiben können, Herr Dobermann. Alles Gute!"

- 26.08.2009, Tips

<http://www.politwatch.at/stories/erst-deutsch-dann-politik/>



Den selbst ernannten Kulturbewahrern würde ein Sprachkurs besser tun als die Rettung des Abendlandes. Wofür auch die Formulierung "Schulische Vermittlung kulturellen

Werte" spricht. Es überrascht immer wieder, wie groß die Bildungsmisere ist. Offenbar seit Jahrzehnten.

FPÖ im Visier der Justiz

Rechtskräftig verurteilt:

- **Susanne Winter**
 - derzeit FPÖ-Nationalrätin – steht auch wieder auf der Liste
 - rechtskräftig verurteilt wegen Verhetzung: 3 Monate bedingt und 24.000 Euro Strafe (Format, 13.07.2012)
- **Uwe Scheuch**
 - ehem. Kärntner FPK-Chef und LH-Stv.
 - in der „Part of the game“-Affäre wegen Korruption zu sieben Monaten bedingt und einer unbedingten Geldstrafe von 67.500 Euro rechtskräftig verurteilt.
- **John Gudenus**
 - ehemaliger FPÖ-Mandatar
 - rechtskräftig verurteilt wegen Wiederbetätigung
- **Wolfgang Fröhlich**
 - ehemaliger FPÖ-Bezirksrat
 - rechtskräftig verurteilt wegen Holocaust-Leugnung
- **Bernhard Gratzner**
 - ehemaliger FPÖ-NÖ-Klub- & Landesobmann
 - rechtskräftig verurteilt wegen Untreue
- **Wolfgang Haberler**
 - ehemaliger FPÖ-Landtagsabgeordneter
 - rechtskräftig verurteilt wegen Betrugs und falscher Beweisaussage
- **Karlheinz Klement**
 - ehemaliger FPÖ-Nationalrat
 - rechtskräftig verurteilt wegen Verhetzung
- **Karl Mayrhofer**
 - ehemaliger Vorarlberger FPÖ-Politiker

- rechtskräftig verurteilt wegen Verhetzung
- **Walter Meischberger**
 - ehemaliger FPÖ-Generalsekretär
 - rechtskräftig verurteilt wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung
- **Peter Rosenstingl**
 - ehemaliger FPÖ-Nationalrat
 - rechtskräftig verurteilt wegen schweren gewerbsmäßigen Betrugs
- **Ferdinand Spielberger**
 - ehemaliger FPÖ-Stadtrat in Graz
 - rechtskräftig verurteilt wegen sexueller Nötigung
- **Harald Vilimsky**
 - FPÖ-Nationalrat
 - zu einer Geldstrafe von 3.000 Euro verurteilt, weil er das BZÖ einen „Gauernverein“ genannt hat
- **Peter Westenthaler**
 - derzeit BZÖ-Nationalrat
 - rechtskräftig verurteilt wegen Falschaussage vor Gericht („Prügelaffäre“): 6 Monate bedingt – Verurteilung ist mittlerweile getilgt (Format, 13.07.2012)
- **Ernest Windholz**
 - ehemaliger FPÖ/BZÖ-Nationalrat
 - rechtskräftig verurteilt wegen Körperverletzung
- **Michael Winter**
 - ehemaliger RFJ-Landesobmann
 - rechtskräftig verurteilt wegen Verhetzung

(Noch) nicht rechtskräftig verurteilt:

- **August Penz**
 - FPÖ-Spitzenkandidat in Innsbruck bei Gemeinderatswahl 2012
 - Wegen Verhetzung (Plakat „Heimatliebe statt Marokkaner-Diebe“) zu einer teilbedingten Geldstrafe nicht rechtskräftig verurteilt (Standard.at, 01.02.2013)

Ermittlungen laufen:

- **Martin Graf**

Meschar Privatstiftung und Seibersdorf

- Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Verdachts auf schweren Betrug im Zusammenhang mit der Meschar Privatstiftung (Standard.at, 05.09.2012)
- Ermittlungen laufen auch wegen seiner Tätigkeit als Geschäftsführer in Seibersdorf. (Format.at, 27.06.2013)

- **Gerhard Dörfler, Harald Dobernig, Uwe Scheuch**

Wahlbroschüre LTW 2009

- Bei den LTW 2009 in Kärnten soll das damalige BZÖ eine aus Steuergeldern finanzierte Imagebroschüre des Landes Kärnten zu Wahlkampfzwecken missbraucht haben. Auch ein Imagevideo soll auf Kosten öffentlicher Geldern produziert worden sein.
- Die Ermittlungen gegen die ehem. FPK-Politiker Gerhard Dörfler, Harald Dobernig und Uwe Scheuch sind abgeschlossen, die Anklageerhebung offen. (kaernten.orf.at, 12.02.2013)

- **Gerhard Dörfler**

Ermittlungen wegen Asylheim „Saualm“

- Gegen Gerhard Dörfler wird wegen Untreue und Amtsmissbrauch ermittelt. Grund sind Unregelmäßigkeiten rund um das mittlerweile geschlossene Asylheim „Saualm“. (Österreich.at, 27.03.2013)

Diversionselle Erledigung

- **Kurt Scheuch**

- ehem. FPÖ-Landeshauptmann Stellvertreter in Kärnten
- nannte den Richter in der „Part of the game“-Affäre „Kröte“ und musste sich wegen Beleidigung verantworten.
- Im Rahmen einer Diversion musste er 6.600 Euro zahlen und sich schriftlich entschuldigen (Standard.at, 18.01.2013)

Korruption bei den Gegnern

Das System Kärnten

- **Durch die Wiedervereinigung mit der FPK hat sich die FPÖ einen schweren Rucksack voller Skandale umgehängt. Denn mit Christian Ragger hat die FPK im April 2013 kein neues Gesicht bekommen**
 - seit 1999 Abgeordneter zum Kärntner Landtag
 - seit 2009 Landesrat
 - Ragger trägt somit auch Mitverantwortung an der Situation in Kärnten
- Kärnten ist heute in keiner beneidenswerten Lage. Der Kärntner Kassasturz im Juni 2013 ergab einen Schuldenstand von fast drei Milliarden Euro und langfristige Verbindungen in Milliarden-Höhe.
- Der Scherbenhaufen, den die Blauen in unserem südlichsten Bundesland angerichtet haben ist groß.
- Die FPK hat die Rechnung bereits präsentiert bekommen.
- Jetzt liegt es Gott sei Dank an anderen, wieder für Ordnung zu sorgen.

Was die FPK in Kärnten bereits alles angerichtet hat:

- **Finanzdesaster**
Pleite der Hypo Alpe-Adria: 2009 musste die Hypo Alpe-Adria notverstaatlicht werden. Die Schuld für dieses Debakel jetzt anderen in die Schuhe schieben zu wollen ist schäbig und entbehrt jeder Grundlage.
 - Die Hypo-Pleite ist eine blaue Pleite und daran ändern auch die Geschichtsverdrehungen von Heinz-Christian Strache nichts.
 - Die Wähler haben das erkannt und den blauen Pleitegeiern bei den Landtagswahlen die Rechnung präsentiert
- **Lockerer Umgang mit Steuergeldern**

FPK verschenkte um 300.000 Euro Uhren auf Landeskosten (It. Medien)

Von 2010 bis 2012 sollen FPK-Regierungsmitglieder rund 15.000 Uhren im Gesamtwert von mehr als 300.000 Euro verschenkt haben. Für die Kosten kamen diverse Abteilungen der Landesregierung auf. Allein das Büro von LR Christian Ragger bezahlte 500 Uhren für die „Jugendwohlfahrt“ (12.300 Euro), 500 für die „Behindertenhilfe“ (12.600 Euro) und 500 für „Pflegeheime“ (14.940 Euro). (Kurier.at, 20.06.2013)

Eigenwerbung auf Kosten der Steuerzahler (lt. Medien)

Ex-LR Harald Dobernig verwendete einen nicht unbeachtlichen Teil des 430.000 Euro Kulturbudgets des Landes für seine Selbstvermarktung. So flossen beispielsweise 14.000 Euro in sogenannte „Dober-Sticks“ (USB-Sticks mit Doberniks Konterfei). Auch Adventskalender, Bierfässer, Kleidungsstücke oder Geschenkkörbe wurden mit dem Landesbudget beglichen. Sogar eine 6.000 Euro „Image- und Akzeptanzstudie“ zu seiner Person, ließ Dobernig auf Kosten der Steuerzahler erstellen. (Kurier.at, 28.05.2013)

Werbemittel-Lager von Ex-LH Dörfner (lt. Medien)

In einer Lagerhalle in Villach wurde ein ganzes Depot an Werbemittel des ehem. FPK-LH Gerhard Dörfner gefunden. (Kleine Zeitung.at, 22.04.2013)

• Teure Projekte ohne viel Nutzen

Wörthersee-Stadion und Seebühne Klagenfurt (lt. Medien)

Projekte die auf Betreiben von Jörg Haider umgesetzt wurden, kommen den Kärntnerinnen und Kärntnern heute teuer zu stehen. Obwohl kaum genutzt, muss das Land bis zum Jahr 2021 12 Millionen Euro für das Wörthersee-Stadion aufbringen. Nicht viel anders ist es um die Seebühne Klagenfurt bestellt. Sie verschlingt mit nur elf Spieltagen 645.000 Euro pro Jahr. (Profil.at, 27.05.2013)

• Ehem. FPK-Spitzen: Ermittlungen und eine rechtskräftige Verurteilung

Scheuch: Part of the Game - Affäre

Uwe Scheuch, ehem. FPK-Chef, wurde in zweiter Instanz rechtskräftig zu sieben Monaten bedingter Haft und einer Geldstrafe von 67.500 Euro verurteilt. Hintergrund: 2009 soll er von einem Russen, für das Besorgen einer Staatsbürgerschaft, Geld für die Parteilasse gefordert haben. Das Gespräch wurde auf Tonband aufgezeichnet. (Standard.at, 19.12.2012/17.11.2012)

Dörfner, Dobernig, Scheuch: Wahlbroschüre LTW 2009

Bei den LTW 2009 in Kärnten soll das damalige BZÖ eine aus Steuergeldern finanzierte Imagebroschüre des Landes Kärnten zu Wahlkampfzwecken missbraucht haben. Auch ein Imagevideo soll auf Kosten öffentlicher Geldern produziert worden sein. Die Ermittlungen gegen die ehem. FPK-Politiker Gerhard Dörfner, Harald Dobernig und Uwe Scheuch sind abgeschlossen, die Anklageerhebung offen. (kaernten.orf.at, 12.02.2013)

Dörfner: Ermittlungen wegen Asylheim „Saualm“

Gegen Gerhard Dörfner wird wegen Untreue und Amtsmissbrauch ermittelt. Grund sind Unregelmäßigkeiten rund um das mittlerweile geschlossene Asylheim „Saualm“. (Österreich.at, 27.03.2013)

FPÖ in der Telekom-Affäre

- **Gelder über Rumpold an FPÖ**
 - 2004 soll die Telekom dem früheren FPÖ-Werber Gernot Rumpold 600.000 Euro ohne werthaltige Gegenleistung gezahlt haben, damit das Geld in Richtung FPÖ fließt.
 - Der Prozess läuft. (Kleine Zeitung.at, 13.06.2013)
- **Neue Freie Zeitung**
 - 2004 erhielt die FPÖ-Parteizeitung „Neue Freie Zeitung“ 89.400 Euro von der Telekom Austria.
 - Geflossen ist das Geld über die Agentur „ZehnVierzig“ des FPÖ-nahen Lobbyisten Walter Meischberger.
 - Gegenleistung gab es dafür keine, wie aus der Befragung des damaligen Geschäftsführers der Zeitung, Arno Echer, im Untersuchungsausschuss hervorging. (Wiener Zeitung.at, 11.04.2012)
- **Mathias Reichhold**
 - Mathias Reichhold hat nach seiner Zeit als Verkehrsminister 72.000 Euro von der Telekom für „Beratungen“ bekommen. Schriftliche Leistungsnachweise gibt es keine. (Standard.at, 09.03.2012)
- **SK Austria Kärnten / Mario Canori**
 - Der SK Austria Kärnten soll 2008/2009 von der Telekom rund 500.000 Euro für den Ankauf von Kartenkontingenten bekommen haben.
 - Kurz vor dem Sponsoring hat die Telekom den Zuschlag für die Breitbandoffensive des Landes Kärnten erhalten.
 - Mario Canori war seit 2007 Präsident des Vereins und FPÖ-Spitzenkandidat bei der LTW-Kärnten im Jahr 2009 (OTS0126, 07.09.2011)
 - Laut anonymen Anzeige vom Februar 2012 sollen insgesamt sogar 2,5 Millionen Euro Sponsorgelder von der Telekom geflossen sein. Auch wird ein Zusammenhang mit dem damals geplanten Klagenfurter Gasdampfkraftwerk vermutet. (Standard.at, 01.02.2012)
- **Reinhard Gugg**
 - Reinhard Gugg, ehem. Stv.-Klubobmann, erhielt 2005 laut Saldenlisten von Hoheggers Valora 30.000 Euro. (News, 31.08.2011)
- **Walter Meischberger**
 - Walter Meischberger erhielt über Peter Hohegger rund 900.000 Euro von der Telekom. (Format.at, 17.08.2011)

Absurde Zitate

- *"Wir sind die neuen Juden" – HC Strache sieht sich beim WKR-Ball 2012 verfolgt und zieht unzulässige Vergleiche (derstandard.at, 29. Jänner 2012)*
- *"Bei den Volksfesten bin ich schon der Kanzler der Herzen." – Wenn es statt Wahlen Volksfeste gebe, wäre HC Strache schon Kanzler. Denkt er zumindest. (Der Standard, 17. Juni 2013)*
- *„Ich habe noch nie einen Ausländerwahlkampf gemacht“ – HC Strache glaubt sich wohl selbst nicht (ORF-Pressestunde, 2. Juni 2013)*
- *„Und deshalb verstehe ich ja, dass die Gegner so nervös sind, weil's ja in Kärnten in Wahrheit gut läuft“ – HC Strache ist auf beiden Augen blind (Aschermittwochsrede, 15. Februar 2013)*
- *„Und ich hoffe jedenfalls, dass dieses ganze Theater rund um die Votivkirche nicht auch ein Mitgrund dafür war, dass der Papst so überfallsartig zurückgetreten ist“ – HC Strache sieht in der Votivkirchenbesetzung den Grund für den Papst-Rücktritt (Aschermittwochsrede, 15. Februar 2013)*
- *„Ich sage ganz bewusst: Nicht jeder Islamist ist Terrorist, aber jeder Terrorist ist Islamist.“ HC Strache hat eine selektive Wahrnehmung oder keine Ahnung von Geschichte (format.at, 1. Jänner 2009)*
- *„(...) Es ist eine Frage auch des gestalterischen, des Arbeitsethos, was aus diesem Europa wird: Entweder sind wir ein Negerkonglomerat, totales Chaos, sage ich jetzt bewusst brutal politisch nicht korrekt. Wo das Chaos sich vermehrt, wo Massenzuwanderung, wo institutionelles Chaos, wo wirre Konzerninteressen (sind).“ – Andreas Mölzer bei einer Veranstaltung am 18. Februar 2014 (orf.at, 24. März 2014)*
- *Die EU sei doch eine Diktatur, habe Mölzer gesagt, dagegen sei „das Dritte Reich wahrscheinlich formlos und liberal“ gewesen. – Andreas Mölzer bei einer Veranstaltung am 18. Februar 2014 (orf.at, 24. März 2014)*

Unfinanzierbare u. populistische Versprechungen

Pensionsanpassung, Inflationsanpassung bei Familienbeihilfe, Kindergeld und Pflegegeld

HC Strache fordert **Pensionspreisindexanpassung**: „Pensionserhöhungen ohne Wertverlust“

Argumentation:

- Es hat in jedem Jahr Pensionsanpassungen gegeben
- Ausgleichszulagenbezieher haben immer die volle Anpassung (manchmal sogar mehr) erhalten
- Es hat nie eine Nulllohnrunde für alle Pensionisten gegeben
- Der Vorwurf der Ungerechtigkeit ist unverantwortlich und verunsichert die Pensionisten
- Ihre Partei hat die Pensionssicherungsreform 2003 mitbeschlossen – das war notwendig, weil sonst die Pensionen nicht mehr sicher gewesen wären. Es überrascht schon, dass Sie sich jetzt davon verabschieden.

Weitere Forderungen:

HC Strache fordert **Inflationsausgleich bei der Familienbeihilfe**

Argumentation:

- Inflationsausgleich bei der Familienbeihilfe: Ein Projekt, das wir in der nächsten Regierung angehen.
- Die Familienbeihilfe soll – sofern es der FLAF zulässt – wertgesichert werden. Dazu gibt es bereits einen MR-Beschluss

HC Strache fordert **Inflationsanpassung beim Pflegegeld**

Argumentation:

- Wir haben den Pflegefonds eingerichtet und ausreichend dotiert.
- Die Pflege ist bis 2016 mit zusätzlichen 650 Mio. Euro gesichert und wird mit dem nächsten Finanzausgleich darüber hinaus gesichert werden

Argumentation:

Straches Polemik ist unverantwortlich. Er verunsichert die Menschen indem er ihnen das Blaue vom Himmel verspricht. In Krisenzeiten eine volle Pensionsanpassung, einen Inflationsausgleich bei der Familienbeihilfe und die Inflationsanpassung beim Pflegegeld

zu versprechen ist eine glatte Lüge. Wir schenken den Menschen reinen Wein ein und machen keine Versprechungen, die wir niemals halten können.

Euro-Austritt

- Die FPÖ fordert immer wieder den Austritt aus dem Euro und die Rückkehr zum Schilling. Wirtschaftspolitisch wäre das ein Wahnsinn. Denn ein Euroaustritt hätte gravierende negative Auswirkungen auf die Österreichische Wirtschaft: Rezession und massenhafte Arbeitslosigkeit wären die Folge.
- Mit ihren Euroaustrittsfantasien steuert die FPÖ unsere Heimat auf direktem Weg in den Abgrund.
- Das Wifo hat 2012 Berechnungen angestellt, was ein Euroende für Österreich bedeuten würde:
 - die heimische Wirtschaft würde drastisch schrumpfen (2013 um knapp 11 Milliarden und 2014 um 32 Milliarden Euro)
 - Die Exporte würden einbrechen
 - Für Italien (einer der wichtigsten Handelspartner Österreichs) mit seiner dann abgewerteten Lira wären Produkte aus Österreich fast unerschwinglich.
 - Unterm Strich bedeute diese Entwicklung "fünf verlorene Jahre".
 - die tiefe Rezession in den Jahren 2013/2014 auch einen massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit mit sich bringen
- ☞ Es gebe um bis zu 140.000 Arbeitslose mehr.
- ☞ Das wiederum würde das Budget stark belasten
(diepresse.com, 29. August 2012)

Zitate:

- „Ja, selbstverständlich bin ich dafür, die Österreicher über einen EU-Austritt zu befragen“ – HC Strache, kurier.at, 19.05.2014